

D) Fragestunde

Bürgermeister Mag. Nagl:

Soweit die Mitteilungen. Jetzt kommen wir zur Fragestunde. Es ist genau 12.30 Uhr auf unserer Gemeinderatssitzungssaal-Uhr.

D.1) LUV Graz/Zukunftsperspektive (GR Haßler, SPÖ an StR Hohensinner, ÖVP)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Und ich darf gleich mit dem ersten Fragesteller beginnen, Herr Gemeinderat Mag. Gerald Haßler fragt Herrn Kurt Hohensinner betreffend die Zukunftsperspektive für LUV Graz.

Gemeinderat Mag. Haßler:

Ja, sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Kurt! Seit vielen Jahren, ich glaube inzwischen kann man sagen, Jahrzehnten, strebt der Sportverein LUV in Wetzelsdorf eine adäquate Sportstätte an. Du kennst die Situation ja aus eigener Erfahrung. Seitdem du für dieses Ressort verantwortlich bist, ich glaube, du warst auch schon einige Mal vor Ort und kennst die Dringlichkeit und Notwendigkeit dieses Anliegens.

Bereits im Frühjahr 2005 hat der LUV zu dieser eventuellen Sportstätte ein umfangreiches Konzept vorgelegt oder den Rohentwurf vorgelegt, habe ich jetzt hier mit, ist damals an alle Stadtsenatsmitglieder in Graz ergangen, an sämtliche Landesräte im Land und es hat unzählige Gespräche im letzten Jahrzehnt zu diesem Thema gegeben.

Im Wesentlichen fußt dieses Konzept darauf, dass der LUV vorhatte, die jetzige Sportstätte im Osten der Grottenhofstraße aufzugeben und weiter nach Westen zu siedeln, ca. 1,5 Kilometer. Und dort hinter dem Landes-Gendarmarie-Kommando, auf diesem Randstück von Alt-Grottenhof, das jetzt in den letzten Wochen in allen Medien präsent war, eine neue Sportstätte zu errichten und gleichzeitig auch einen Bezirkssportplatz dort miteinzuplanen.

Wie gesagt, es hat viele Gespräche in der Zeit gegeben. Vor allem auch viele Gespräche mit dem Land. Das letzte 2015 und der zuständige Landesrat Seitinger hat immer betont in jedem Gespräch, dieses Grundstück ist unabhömmlich und das Land kann das Grundstück nicht hergeben, weil es für Alt-Grottenhof eben unerlässlich ist, dieses Grundstück zu haben. Daraufhin haben wir damals bei der Budget-Erstellung 2016 auch gemeinsam mit dem Bürgermeister über dieses Thema gesprochen und auch Bürgermeister Nagl hat dann gesagt, dass es sinnvoller ist, die Sportstätte am jetzigen Standort beizubehalten und dort eine entsprechende Adaptierung vorzunehmen. Wir haben uns dann darauf verständigt, dass ein Konzept unter Beiziehung des Sportamtes ausgearbeitet wird. Das war 2015 und im nächsten Jahr wollten wir die budgetäre Vorsorge für diesen Umbau dort tätigen.

Jetzt bin ich ein bisschen verwirrt und irritiert, weil ich in den Zeitungen jetzt wieder lese: Plötzlich ist das Grundstück doch abkömmlich. Der Bürgermeister sagt, LUV könnte dort hinsiedeln. Landesrat Seitinger sagt, die Rettung könnte dort hinsiedeln. Dann sagt er wieder: Eigentlich könnte dort auch Wohnbau stattfinden. Also für mich ist das ein heilloses Verwirrspiel und es trifft mich schon ein bisschen, wie da mit Anliegen, Sorgen und Nöten von Jugendlichen, Eltern, Sportfunktionären politisches Kleingeld gemacht wird und ich habe ein bisschen das Gefühl, dass das LUV-Projekt nur als Feigenblatt für eine geplante Umwidmung erhalten soll, ohne dass es irgendwas Konkretes im Hintergrund für den LUV gibt.

Und deshalb darf ich dir, lieber Herr Stadtrat, nachdem ich jetzt auch schon seit zwei Jahren nichts mehr davon gehört habe von diesem Projekt, die Frage stellen: Welche Überlegungen, sowohl in räumlicher wie auch in zeitlicher Hinsicht, gibt es deinerseits in Hinblick auf den LUV, damit dieser traditionsreiche Grazer Sportverein für seine vielen Jugendmannschaften, für seine Damen-Bundesliga-Mannschaft, für die Herren-Mannschaften, endlich über zeitgemäße Trainings- und Wettkampfstätten verfügen kann? (*Applaus*)

Welche Überlegungen sowohl in räumlicher wie auch in zeitlicher Hinsicht gibt es deinerseits in Hinblick auf den LUV, damit dieser traditionsreiche Grazer Sportverein für seine vielen Jugendmannschaften, sein Damen-Bundesliga-Team und die Herren-Kampfmannschaft endlich über zeitgemäße Trainings- und Wettkampfstätten verfügt?

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke vielmals. Herr Stadtrat Hohensinner bitte.

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Gerald! Wir hatten ja schon öfters die Gelegenheit über dieses Vorhaben zu sprechen, der LUV ist ein großartiger Nachwuchsverein. Er hat ja 13 Teams. Der Damen-Fußballsport wird sehr hoch gehalten und in einigen Sitzungen haben wir die Variante, die du jetzt beschrieben hast, die Variante 1 diskutiert. Nämlich, dass am alten LUV-Platz ein Wohnbau hinkommen soll und dass der LUV-Platz woanders komplett erneut errichten werden sollte. Und das Land hat damals auch quasi kein grünes Licht gegeben und uns war es letztlich dann auch wichtig, dass wir an so einem eng verbauten Grundstück, wo so viele Menschen zusammenleben, dass wir dort ein grünes Grundstück in Form von einem Sportplatz nicht der Verbauung freigeben. Deswegen haben wir damals gesagt, das war 2015 herum, dass wir, wenn, den LUV-Platz grundsanieren möchten und das war damals der Stand. Dann sind die Neuwahlen dazwischengekommen.

Und wie du wahrscheinlich auch der Agenda entnommen hast, haben wir sogar in die Agenda reingeschrieben, dass wir den LUV-Platz grundsaniieren möchten. Wir haben im Frühling 2017 einen Termin gehabt. Ich weiß nicht, ob du mit warst. Der Obmann Gert Pölderl war dabei. Wir haben dort die Varianten besprochen. Die Stadtbaudirektion hat eine Schätzung vorgenommen. Auch, dass man das modular ausbaut. Insgesamt wären es Kosten von 1,2 Millionen Euro. Das wird folgendermaßen ausschauen: Das Klubhaus würde geschliffen werden und neu gebaut werden, der bestehende Trainingsplatz vergrößert und saniert. Das Hauptfeld ist eigentlich in Ordnung und es würden neue Kabinen für Damen und Herren errichtet werden. Die Widmungen sind vorhanden. Was jetzt allerdings noch dazugekommen ist, dass die Variante Alt-Grottenhof eine mögliche wäre, aber als Ergänzung zum LUV-Platz. Und dort entsteht ja auch das ganz große Biozentrum, wo junge Leute ausgebildet werden und das Land Steiermark würde, um das ganze Biozentrum zu finanzieren, ein Teilstück auch zum Verkauf anbieten. Und da hätten wir großes Interesse und diese Fläche könnten wir uns vorstellen zusätzlich zum LUV zu erwerben.

Am 10.10. gibt es jetzt den nächsten Termin mit dem Obmann von LUV. Da werden wir die Varianten diskutieren. Du bist auch herzlich eingeladen. Du bist ja, glaube ich, ehemaliges Vorstandsmitglied oder noch aktuell. Und ich glaube bei der neuen Variante, bei der zusätzlichen Variante, hat ja deine Fraktion auch die Möglichkeit zu unterstützen, da seid ihr ja herzlich eingeladen. Und wenn man das alles auf Schiene gebracht haben, wird es im Gemeinderat darüber eine Diskussion geben.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke vielmals. Gibt es eine Zusatzfrage? (*Applaus*)

Gemeinderat Mag. Haßler:

Danke, dass du mich zum Vorstandsmitglied gemacht hast. Ich war zwar bei Vorstands- und Generalversammlungen dabei als Gemeinderat, aber habe dort nie eine Funktion als Funktionär gehabt. Aber nichts destotrotz, im Grazer Westen natürlich ein großes Anliegen für mich.

Wenn ich richtig herausgehört habe, ist jetzt sozusagen dieses Grundstück in Alt-Grottenhof nicht unmittelbar mit LUV verbunden, weil da gibt es ja Lösungen am LUV-Platz, die ich auch für gut halte. Haben wir ja damals auch besprochen, hat auch einen gewissen Sinn. Bitte nur zügig das weiter zu verbauen. Also ich kann jetzt den Konnex, der in den Medien angesprochen wurde, mit LUV da nicht heraushören und deshalb die konkrete Zusatzfrage: Was soll dort entstehen, wenn die Stadt dieses Grundstück kauft und wenn es umgewidmet wird, in welche Widmung soll es umgewidmet werden?

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Also, lieber Gerald, du bist ja ein Fan von LUV und als Fan könntest du auch selbstbewusster sein. Weil das ist ein Verein, der eine großartige Jugendarbeit leistet und für dreizehn Teams schaut es derzeit so aus, dass auch eine Erweiterung quasi in Aussicht ist und ich glaube, da müsste man sich als Verein auch freuen, wenn die Möglichkeit besteht, zusätzlich einen Trainingsplatz zu bekommen bzw. dass man einerseits einen Trainingsplatz macht, andererseits dass man auch dem Bezirk den Platz öffnet, dass die Jugend dort spielen kann. Ich glaube, das ist absolut etwas Positives für die Jugend, für den Sport und LUV und ich verstehe jetzt nicht diese Fragezeichen, die du jetzt aufwirfst.

unverständlicher Zwischenruf

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Aber ihr seid selbst gefordert als SPÖ.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Als Planungsreferent möchte ich nur noch hinzufügen, nicht alle haben beim Fläwi-Plan zugestimmt. Die, die zugestimmt haben, die haben auch Vorsorge getroffen, dass dort im Moment gar nichts gebaut werden kann, denn das sind Ackerflächen, das ist Grünland im Moment. Und das, was man sich vorstellen kann, aus unserer städtischen Überlegung heraus, ist, dass LUV nicht, so wie früher gedacht, den Platz verlässt, neu baut und der alte Platz quasi auch unser Grundstück dann versilbert wird, damit dort auch wieder Wohnbau entsteht, sondern dass aufgrund der enormen Verdichtung gleich eine Flächenvorsorge für Sport- und Freizeit gemacht wird. Und ich glaube, dass ist ein guter Vorschlag. Ob wir das mit dem Land zu Stande bringen weiß ich noch nicht. Für den Fall, dass wir es kriegen, wäre das natürlich für den LUV eine schöne Erweiterungsmöglichkeit, aber die Sportarten muss man nicht unbedingt auf Fußball beschränken. Es gibt dort wahrscheinlich demnächst sehr, sehr viele Kinder, weil sehr viele junge Menschen hinziehen und dann brauchen wir, glaube ich, beide Flächen. Das wäre Sinn unserer Überlegungen und erst, wenn man das verhandelt hat, würden wir überhaupt erst wieder daran denken, eine Umwidmung in Richtung Sondernutzung Sport dort zuzulassen. *(Applaus)*

Jetzt darf ich den Vorsitz an den Herrn Bürgermeister-Stellvertreter übergeben.

Vorsitzwechsel – Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio übernimmt um 12.40 Uhr den Vorsitz.

D.2) Anfragen von Bürger_innen an die Stadt Graz

(GR Swatek, Neos an Bgm. Nagl, ÖVP)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Danke, ich übernehme den Vorsitz, darf Gemeinderat Swatek herausbitten, damit er seine Frage an den Herrn Bürgermeister stellen kann.

Gemeinderat Swatek, BSc.:

Ja, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Zuseher und Zuseherinnen auf der Tribüne! Und sehr geehrter Herr Bürgermeister! In Österreich ist für Bürger und Bürgerinnen oft nicht einfach, an Informationen der Verwaltung zu kommen. Und damit wir einen kleinen Einblick bekommen, gibt es das Steiermärkische Auskunftspflichtgesetz. Dieses ermöglicht es Bürgerinnen und Bürgern der Steiermark, in, leider, mühsamen Anfragen zu Informationen zu spezifischen Themen zu gelangen. Doch leider lässt die Verwaltung der Steiermark diese Anfragen oft im Sand verlaufen und damit unbeantwortet. Und meine Frage an Sie ist daher: **Wie viele der im Jahr 2016 gestellten Anfragen nach dem Steiermärkischen Auskunftspflichtgesetz wurden nicht beantwortet?**

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Bitte um die Beantwortung.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Ja, Herr Gemeinderat, danke für die heutige Frage. Ich habe mir das genau angesehen und bin gerne bereit, Ihnen Auskunft zu geben, zum Teil auch verwundert. Aber fangen wir vielleicht vorne an. Nach § 5 Steiermärkischen Auskunftspflichtgesetz sind Auskünfte binnen 8 Wochen nach Einlangen eines fehlerfreien Auskunftsbegehrens zu erteilen. Auskünfte im Sinne dieses Gesetzes sind Mitteilungen über Tatsachen oder Inhalte von Rechtsvorschriften.

Wird eine Auskunft nicht erteilt, so kann der Auskunftswerber schriftlich verlangen, dass über die Verweigerung der Auskunft ein Bescheid erlassen wird. Für die Erlassung solcher Bescheide nach dem Steiermärkischen Auskunftspflichtgesetz ist nach der Sachgruppe Präsidialamt 2226 der Geschäftseinteilung für den Magistrat die Präsidialabteilung zuständig.

In allen Fällen, in denen ein Antragsteller oder eine Antragstellerin ein Auskunftsbegehren nach dem Steiermärkischen Auskunftspflichtgesetz gestellt und einen Bescheid beantragt hat, hat die Präsidialabteilung auch fristgerecht einen Bescheid erlassen. Somit gab es bei entsprechender Antragstellung kein einziges Auskunftsbegehren, das in der Präsidialabteilung unerledigt oder unbeantwortet geblieben ist. Der Präsidialabteilung ist auch kein sonstiger Fall im Magistrat Graz bekannt, in dem ein Auskunftsbegehren bei einem Antrag nach dem Steiermärkischen Auskunftspflichtgesetz unbeantwortet geblieben ist.

Die Präsidialabteilung ist nur für Erledigungen von Auskunftsersuchen nach dem Steiermärkischen Auskunftspflichtgesetz zuständig, die mittels Bescheid erfolgen. Im Übrigen beantwortet jeder Mitarbeiter und jede Mitarbeiterin der Stadt Graz die an ihn gerichteten Fragen so gut wie möglich, sofern der Beantwortung weder rechtliche noch faktische Gründe entgegenstehen. Zentrale Aufzeichnungen dazu gibt es nicht. Viele Fragen werden unbürokratisch beantwortet. Insbesondere, wenn sie am Telefon oder per E-Mail gestellt werden. (*Applaus*)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Danke. Gibt es eine Zusatzfrage?

Gemeinderat Swatek, BSc.:

Ja, also es betrifft unter anderem auch mich selbst. Deswegen haben Sie die Anfrage, glaube ich, auch so genau beantwortet. Ich habe vor 310 Tagen eine Anfrage gestellt. Und auch nachtelefoniert, ob mir die Anfrage beantwortet wird. Da bin ich immer nur von A nach B verwiesen worden. Und es hat auch niemand mir mitgeteilt, dass die Anfrage nicht beantwortet wird oder einen Grund genannt, warum sie nicht beantwortet wird.

Das heißt, wir sind jetzt 254 Tage über der gesetzlichen Pflicht, eigentlich diese zu beantworten. Im Gesetz steht auch, dass die Auskunft mündlich, schriftlich erteilt werden kann. Aber gar keine Auskunft ist sicherlich nicht legitim. Und daher frage ich Sie, was Sie tun wollen, dass in Zukunft, oder was Sie gedenken zu tun, dass in Zukunft solche Anfragen nicht mehr unter den Tisch fallen?

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Der Herr Bürgermeister, bitte um die Antwort.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Also es ist, glaube ich, nichts unter den Tisch gefallen. Ich glaube, Sie beziehen sich auf Ihre Anfrage an die KFA, an unsere Krankenfürsorgeanstalt. Liege ich da richtig?

Gut, dann darf ich dazu Stellung nehmen. Herr Gemeinderat Swatek hat am 15.11.2016 einen Antrag, gestützt auf die §§ 2 und 3 Steiermärkisches Auskunftspflichtgesetz, mit 46 Fragen zur KFA gestellt. Allerdings war die Präsidialabteilung für die Beantwortung nicht zuständig, da der Auskunftswerber in diesem Fall keine Bescheiderlassung nach § 7 Steiermärkisches Auskunftspflichtgesetz beantragt hat.

Selbst wenn der Herr Gemeinderat Swatek jetzt im Nachhinein eine solche Bescheiderrlassung beantragen würde, müsste ein solcher Antrag von der Präsidialabteilung abgewiesen werden, da die dafür vorgesehene Antragsfrist von 3 Monaten ab Antragstellung abgelaufen ist, § 7 Abs. 2 im Auskunftspflichtgesetz. Eine Mitteilung nach § 7 Abs. 2, zweiter Spiegelstrich, wie es heute heißt, oder eine Zusage nach § 7 Abs. 2 hat es gegenüber Gemeinderat Swatek als Auskunftswerber ebenfalls nicht gegeben.

Und, Herr Gemeinderat, ich habe mir angesehen, was Sie denn hier fragen wollten. Und habe auch den Text heute mitgebracht, weil ich mir schon gedacht habe, dass Sie sich darauf beziehen.

Erstens einmal, als Gemeinderat wundert es mich schon, Sie könnten als Erstes vielleicht auch den Gemeinderatskollegen Klaus Frölich einfach einmal besuchen gehen und die vielen Irrtümer, die in Ihnen vorhanden sind, aufgrund Ihrer Anfrage einfach mit ihm einmal persönlich klären.

Zweitens ist es jederzeit möglich, Einsicht zu nehmen in die Geschäftsberichte und all das, was von Seiten der KFA aufgelegt wird. Und ich möchte jetzt zitieren aus Ihrer Anfrage, die im Übrigen nicht aus Ihrer Feder stammt, sondern bundesweit in allen Städten, wo es eine KFA gibt, von den NEOS quasi eingesetzt wurde und da müssen Sie Ihre Kollegen in Wien und Ihren Chef in Wien schon einmal fragen, ob er denn überhaupt eine Ahnung hat, wenn er so eine Fragestellung zulässt.

Also 46 Fragen ist schon einmal etwas Besonderes. Dazu komme ich gleich, aber der Begleittext ist nicht uninteressant: „Da die Krankenfürsorgeanstalt für die Beamten der Landeshauptstadt Graz nicht in die gesetzlichen Krankenversicherungen eingebettet ist, besteht für mich die Sorge,“ für euch nehme ich an, „dass sich diese Art eines Krankenversicherungsträgers hauptsächlich an Besserverdienende mit niedrigem Gesundheitsrisiko richtet. Und trotz dieses niedrigeren Gesundheitsrisikos großzügigere Versicherungsleistungen genießen als in den Gebietskrankenkassen Versicherte.“

Dies entspricht nicht dem Prinzip von Solidarität, auf welche das Gesundheits- und Pflegesystem Österreich basieren sollte und geht auch nicht konform mit B-KUVG, § 2 Abs. 1, welcher vorschreibt, dass diese ausgenommenen Krankenversicherungsträger zumindest gleichwertige Leistungen wie die Gebietskrankenkassen anbieten müssen. Zudem besteht die Frage, wie viel die Steuerzahlenden zu diesen ausgenommenen Krankenversicherungen finanziell beitragen müssen?“

Also es geht Ihnen darum, dass Sie die Solidarität dort vermissen. Und genau das ist es, was ich sehr oft im umgekehrten Fall höre. Im Fall der KFA ist es nämlich so, dass Besserverdienende, die Sie noch dazu mit niedrigem Gesundheitsrisiko hier bezeichnen, sehr stark gesundheitlich gefährdet sind, wenn Sie neben Ihrem Job jetzt auch noch 46 detaillierte Fragen beantworten sollen. Ja, für jemanden, der sich überhaupt nicht dafür interessiert, gerade die besserverdienenden BeamtInnen und MitarbeiterInnen im Hause Graz, die dort einzahlen, haben keine Höchstbemessungsgrundlage. Sondern die zahlen vermehrt. Also es ist genau dort ein besonderes Solidaritätsprinzip. Und es sollte eigentlich eine Fraktion, die auch auf der Nationalratsebene tätig ist, sich vielleicht einmal im Detail vorher anschauen, bevor sie unseren Verwaltungsapparat lahmlegen möchte.

Das Zweite ist, ich weiß nicht, in welcher Welt die NEOS tatsächlich leben. Weil, wenn Sie sich anschauen, wer denn bei uns versichert ist, dann sind es in erster Linie Menschen, die für uns in den Kanal hinuntersteigen. Die in der Nacht für uns die Straßen reinigen. Die tagsüber für Ordnung und für Sauberkeit und für Sicherheit sorgen. Und ich kann Ihnen auch etwas sagen: Der Steuerzahler trägt da nichts dazu bei. Das ist die Versicherung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Und deswegen kann ich nur sagen: Geschäftsbericht her, Besuch beim Klaus Frölich, mit Mitarbeitern reden, der Herr Doktor Wirtl, unser Zentral-Betriebsratsvorsitzender, gibt Ihnen auch unter... der Herr Wirtl, unser Zentral-Betriebsratsvorsitzender, jetzt habe ich ihn zum Doktor gemacht, ist aber in der Frage sicherlich so bewandert, dass er da auch all Ihre Bedenken zerstreuen kann, von denen ich noch immer annehme, dass es gar nicht Ihre waren, sondern dass der Herr Strolz wieder die Flügel ausgebreitet hat und gemeint hat, er muss hier österreichweit den Verwaltungsbereich belasten. Das geht im Übrigen, wenn wir das alles beantworten, was Sie wissen wollen, zu Lasten und zu Kosten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die diese Beträge einzahlen. (*Applaus*)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Ich bedanke mich und übergebe den Vorsitz wieder an den Herrn Bürgermeister.

Vorsitzwechsel - Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 12.50 Uhr den Vorsitz.

D.3) Verbesserungen der Pflege und zielführende Unterbringung psychisch kranker Menschen (GR Schwindsackl, ÖVP an StR Krotzer, KPÖ)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Nächste Frage. Gemeinderat Ernest Schwindsackl fragt Herrn Stadtrat Mag. Robert Krotzer bzgl. der Verbesserung der Pflege und zielführende Unterbringung psychisch kranker Menschen.

Gemeinderat Schwindsackl:

Herr Bürgermeister! Werter Stadtssenat! Geschätzte Damen und Herren! Werter Herr Stadtrat Mag. Robert Krotzer! Pflege und Betreuung ist gesellschaftlich wichtige Arbeit, die niemals erledigt sein und auch niemals obsolet werden wird. Im Gegenteil: Der Bedarf steigt. Gründe dafür sind der demografische Wandel, die längere Lebensspanne im Alter, die Veränderung von Familienstrukturen, die geografische Distanz zwischen Familienmitgliedern und die vermehrt zunehmende Problematik durch den Konsum von Alkohol und Drogen.

Die Folge: Immer mehr psychisch kranke Menschen brauchen mehr Unterstützung und daher Hilfe. Die Betreuung psychischer kranker Menschen ist bei weitem nicht ausreichend geregelt. Vor allem an den Schnittstellen zwischen stationärer und ambulanter Betreuung gibt es ein viel zu geringes Angebot, die fehlenden Ressourcen führen zu unzureichenden und nicht zielführenden Maßnahmen.

So werden psychisch Kranke in der Vinzigemeinschaft von ehrenamtlichen Helfern aufgenommen und betreut. Zwar mit hoher sozialer Kompetenz, aber ohne professionelle Pflegeausbildung. Auch die Unterbringung im Seniorenheim ist nicht zielführend. Weder für die betroffenen psychischen Kranken noch für die Bewohner dieser Einrichtung, die natürlich verängstigt und mitunter auch von Konflikten bedroht ihren Lebensabend, den sie sich sicher anders vorgestellt und auch verdient hätten.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat Mag. Robert Krotzer, folgende Frage: Sind Sie bereit, einen „Runden Tisch“ unter Ihrer Leitung mit kompetenten Fachleuten wie Ärzten, Pflegehelferinnen, Pflegehelfern, Verantwortungsträgern von bestehenden Einrichtungen, aber auch von Angehörigen von psychisch kranken Menschen einzuberufen, um damit einen möglichen Schritt zur Lösung und Verbesserung der Pflege- und Unterbringungs-Problematik der an einer psychischen Krankheit leidenden Mitbürgern zu setzen?

„Sind Sie bereit, einen „Runden Tisch“ unter ihrer Leitung mit kompetenten Fachleuten wie Ärzten, Pfleger/innen und Verantwortungsträgern von bestehenden Einrichtungen, aber auch Angehörigen von psychisch kranken Menschen einzuberufen, um damit einen möglichen Schritt zur Lösung und Verbesserung der Pflege- und Unterbringungs-Problematik der an einer psychischen Krankheit leidenden Mitbürger/innen zu setzen?“

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke vielmals. Ich bitte Herrn Mag. Krotzer um die Antwort.

Stadtrat Mag. Krotzer:

Ja, lieber Herr Gemeinderat. Ich kann vorweg, damit wir auch nicht das Geplänkel haben, wer wofür zuständig ist, und auch um gewissermaßen die Spannung herauszunehmen, gleich sagen: Ja, ich bin bereit, diesen Runden Tisch zu machen. Das machen wir gerne, das berufen wir gerne auch ein. Nicht zuletzt auch deswegen, damit wir das Thema auch in der entsprechenden Sachlichkeit behandeln. Daran mangelt es in dem Bereich ja oft ein bisschen. Der letztendlich ausschlaggebende Grund für die Anfrage ist ja auch ein Bericht in der Grazer Woche, auch eine Wortmeldung vom Gemeinderat Thomas Rajakovics, der in der Grazer Woche eben auch die Aussage, oder da zitiert worden ist, mit dem Satz: „*Diese Menschen in ihrem Krankheitsbild sind der Allgemeinheit nicht zumutbar.*“

Das ist natürlich etwas, was insbesondere bei Einrichtungen, die mit den Betroffenen und für die Betroffenen arbeiten, also auch die Betroffenen selbst, etwas für einen Aufschrei gesorgt hat. Und dieser Kritik hat sich auch die Anti-Diskriminierungsstelle angeschlossen. Und ja, jetzt haben wir dann in der Woche danach auch vernehmen können, dass durch einen ersten Runden Tisch gewissermaßen da die Wogen geglättet worden sind. Wir greifen das allerdings gerne weiter auf. Wir müssen nur ein paar Dinge hier auseinanderhalten.

Jetzt ist der Bereich, wofür ich zuständig bin, sage ich einmal so, sehr rudimentär dafür zuständig. Jetzt gibt es natürlich Menschen mit Demenzerkrankungen, wo es natürlich dann auch zu, sagen wir so, Verhaltensauffälligkeiten führen kann, die dann auch letztendlich dazu führen können, dass es zu Nachbarschaftskonflikten kommen kann, die ja eigentlich der Ursprung dieser Anfrage sind.

Also da gibt es eine gewisse Schnittmenge, die ist allerdings klein im Vergleich zu anderen Bereichen, wo wir von psychischen Erkrankungen sprechen und wo wir auch von Nachbarschaftskonflikten sprechen. Insofern sind wir bereit, wo es unseren Bereich abdeckt, da gerne nach Lösungen zu suchen, gleichzeitig auch gewissermaßen als Moderatoren dieser Diskussion zu wirken. Wo es allerdings ganz bestimmt auch die Unterstützung und Mitarbeit auch der Ressorts von Herrn Vizebürgermeister Eustacchio betrifft, wo wir im Bereich der Nachbarschaftskonflikte und Friedensbüro sind, und natürlich auch das Ressort vom Kurt Hohensinner, wo wir im Bereich auch der Menschen mit Behinderungen und auch Menschen mit psychischen Erkrankungen sind.

Wir haben uns schon ein paar Gedanken gemacht, wir werden morgen bzw. am Montag dann auch das weiter konzeptionieren, auch eure Büros kontaktieren, dass wir das machen und gerne auch den Thomas Rajakovics dazu einladen und dass wir schauen, dass man hier zu Lösungen kommt. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Bitte um die Zusatzfrage.

Gemeinderat Schwindsackl:

An welchen Zeitraum denken Sie Herr Stadtrat?

Stadtrat Mag. Krotzer:

Zeitraum der Konzeption: bis Montag. Dann werden wir uns an die konkrete Terminfindung machen und dann werden wir schauen, dass das jedenfalls noch heuer stattfindet. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Dankeschön.

D.4) Rückübereignung von Übertragungswohnbauten

(GR Eber, KPÖ an Bgm.-Stellvertreter Eustacchio, FPÖ)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Gemeinderat Manfred Eber fragt Herrn Bürgermeister-Stellvertreter Mario Eustacchio über die Rückübereignung von Übertragungswohnbauten.

Klubobmann Gemeinderat Eber:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Seit Ende der 60er Jahre praktiziert die Stadt Graz ja den sogenannten Übertragungswohnbau. Das bedeutet, die Stadt selbst stellt Grundstücke unentgeltlich zur Verfügung für gemeinnützige Wohnbauträger, die dann im Wege der Einräumung des Baurechts für die Bebauung sorgen. Für die Verwaltung sind dann die Wohnbauträger zuständig. Das Einweisungsrecht liegt bei der Stadt Graz. Nach zumeist 50 - 55 Jahren, je nach Förderung, fallen die Gebäude wieder an die Stadt Graz zurück. Diese kann dann entscheiden, ob sie die Verwaltung wieder übernimmt oder bei den Gemeinnützigen belässt. Ich darf daher an Sie, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, folgende Frage stellen: **Welche Objekte mit welcher Anzahl an Wohnungen werden in dieser Gemeinderatsperiode an die Stadt Graz zurückfallen?** (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Herr Bürgermeister-Stellvertreter bitte.

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Ja, ganz konkret kommen wir jetzt in die Situation, wo das der Fall sein wird. Ganz genau sind es zwei Baurechtsverträge, die bis 2022 laufen. Das ist einerseits das Baurecht am Genossenschaftsweg 10 – 16 mit der ÖWG. Das läuft am 30.06.2018 aus und umfasst insgesamt 12 Wohnungseinheiten. Und das Baurecht in der Karl-Morre-Straße 47 – 49 endet mit 31.12.2021 von insgesamt 28 Wohnungseinheiten. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Gibt es eine Zusatzfrage?

Klubobmann Gemeinderat Eber:

Bitte zunächst für die ganz konkrete Beantwortung dieser Frage. Mich würde interessieren, ob Sie, ob Wohnen Graz daran denkt, die Verwaltung da auch selber wieder zu machen bei diesen konkreten Objekten?

Bürgermeister Mag. Nagl:

Herr Bürgermeister-Stellvertreter bitte.

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Jetzt liegt da natürlich der Teufel, wie üblich, natürlich im Detail. Es laufen nämlich die Landesdarlehen, die über diese Immobilien darübergerlegt sind, zum einen bis 30.06.2025 und beim 2. Baurecht bis 31.12.2032. Und da wurde jetzt natürlich darüber nachgedacht und auch mit dem Land verhandelt, dass auch bis dorthin die Übertragung ausgesetzt wird, bis diese Darlehen getilgt sind und dann wird sich Wohnen Graz selbstverständlich darüber Gedanken machen, wie wir damit weiter umgehen. Es kann sein, dass wir es übernehmen und das eben mit den diversen Genossenschaften auch dementsprechend besprechen.

Also, der Zeitrahmen ist jetzt noch ein sehr, sehr langer. Das heißt, in dieser Periode wird das Thema und auch in der nächsten noch nicht zum Tragen kommen. *(Applaus)*

D.5) Frauenschutzmaßnahmen

(GRⁱⁿ Schönbacher, FPÖ an StRⁱⁿ Wirnsberger, Grüne)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke schön. Frau Gemeinderätin Claudia Schönbacher fragt Frau Stadträtin Tina Wirnsberger betreffend Frauenschutzmaßnahmen.

Gemeinderätin Schönbacher:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrte Kollegen! Liebe Gäste! Sehr geehrte Frau Stadträtin Wirnsberger! Die veröffentlichten Zahlen sexueller Übergriffe vom Innenministerium geben wirklich Anlass zur Sorge. Wir sind neben Wien und Linz an dritter Stelle und diese Übergriffe, diese sexuellen Übergriffe, gegen Frauen reichen vom Begrapschen bis zu brutalen Vergewaltigungen. Das sind Zustände, die sehr, sehr viele Frauen wirklich in Angst versetzen und man hat oft so das Gefühl, präventiv gesehen, als wären wir in einer Ohnmacht.

Ich weiß zwar, dass die Aufgaben der Exekutive außerhalb unseres politischen Einflusses klar definiert sind, trotz alledem sollten wir Mittel und Wege finden, wie wir einfach kreative Lösungen vorschlagen könnten. Das ist in der Zuständigkeit des Vizebürgermeisters sehr gut schon verwirklicht worden, diese Art von Zusammenarbeit, in Form des Heimwegtelefons, das sehr gut angenommen wird. Auch die Exekutive leistet ganze Arbeit in Form, dass sie 80 % der Fälle auch aufklärt. Trotzdem wären neue, kreative und selbstständig aktive Präventionsmaßnahmen sehr wichtig.

Ich habe gelesen, auf der Homepage des Referates Frauen und Gleichstellung gibt es einen Punkt „Selbst Sicher!“, der auf Vereine hinweist und es gibt auch die Broschüre „Gewaltschutz“. Sehr viele Bürger oder Bürgerinnen haben einfach trotzdem das Gefühl der Ohnmacht und das Gefühl, dass einfach zu wenig präventiv getan wird.

Daher stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderats folgende Anfrage an Sie:

Sind Sie bereit, im eigenen Wirkungsbereich der Stadt Graz und im Rahmen Ihrer Zuständigkeit, im Referat Frauen und Gleichstellung, geeignete Maßnahmen zum Schutz der Frauen ausarbeiten und überprüfen zu lassen? (Applaus)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke. Frau Stadträtin Wirnsberger bitte.

Stadträtin Wirnsberger:

Ja, sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Galerie! Dass Wahlkampf ist, erkennt man unter anderem daran, dass die FPÖ zuverlässig dann plötzlich Frauenanliegen für sich entdeckt. Wie es dann nach der Wahl ausschaut, sieht man an eurem Regierungsprogramm. Da kommen Frauen dann gar nicht mehr vor. Mir ist natürlich die Sicherheit und der Schutz vor Gewalt an Frauen selbstverständlich immer ein Anliegen und ich möchte mich an der Stelle einerseits bei der Exekutive bedanken, die einen Teil zur Aufklärung von Anzeigen in diesem Bereich, einen wesentlichen Teil, beiträgt.

Aber vor allem möchte ich mich bedanken bei den von dir erwähnten Fraueneinrichtungen, die nämlich im Bereich der Prävention sehr wertvolle und wichtige Arbeit leisten. Wir haben, das Referat hat eine Studie zum Sicherheitsempfinden von Frauen in Graz in Auftrag gegeben, die werten wir gerade aus, um datenbasiert Handlungsstrategien entwickeln zu können. Da wird einer der Punkte auch sein, dass in der Stadtplanung auf die Bedürfnisse von Frauen ausgezeichnet eingegangen werden kann. Da gab es bereits erste Gespräche. Vor allem gilt es aber eben, die benannten Fraueneinrichtungen abzusichern. Deswegen habe ich auch in den letzten Jahren vorgenommene Kürzungen bei diesen Einrichtungen saniert. Zum Beispiel beim Frauenservice, das mit seiner Rechtsberatung Frauen insbesondere dabei unterstützt, dass sie sich von gewalttätigen Männern trennen können.

Die Details über die umfassenden Aktivitäten des Referats und der Einrichtungen würden hier den Rahmen sprengen. Ich übergebe dir das dann gerne schriftlich. Deine Frage gibt mir aber die Gelegenheit, einmal meinen grundsätzlichen frauenpolitischen Zugang zu erläutern, der sich, wie du dir denken kannst, fundamental von dem der FPÖ unterscheidet. Sicherheit für Frauen allein auf die Exekutive zu beziehen ist ein fragwürdiger Ansatz. Weil die kann erst dann aktiv werden, wenn bereits etwas passiert ist. Und zum Schutz von Frauen gegen Gewalt und sexuellen Übergriffen, der beginnt viel früher. Und da gilt es, alles daranzusetzen, dass es gar nicht erst so weit kommt. Das ist mit den herrschenden Rollenbildern, in denen Frauen immer noch in der Öffentlichkeit als Objekte und sexualisiert dargestellt werden, gar nicht so einfach und da beteiligt sich auch eure eigene Parteijugend daran, wenn sie solche Plakate in die Öffentlichkeit bringt.

Unverständliche Zwischenrufe

Stadträtin Wirnsberger:

Dass du in deiner Frage Begrapschen als sexuellen Übergriff benennst, ist eine erstaunliche Entwicklung in der FPÖ. Denn während Klubobmann Sippel in einem Video zwar Flüchtlingen anschaulich erklärt, wo man Frauen nicht berühren darf...

Unverständlicher Zwischenruf

Stadträtin Wirnsberger:

...hat sich H.C. Strache besonders vehement dagegen gewehrt, dass Berührungen einer der Geschlechtssphäre zugeordneten Körperstelle im Strafrecht als ahndbarer Strafbestand der sexuellen Belästigung definiert werden. Ein Mödlinger Gemeinderatskandidat der FPÖ schrieb in einer Stellungnahme dazu auch: Gewaltfreie Sexualität zu fordern, sei eine Forderung nach Lustlosigkeit, denn – ich zitiere: „*Mitunter lieben es Frauen, von einem wildgewordenen Penis überfallen zu werden.*“

Diese Gesetzesänderung trat 2016 dennoch in Kraft, gegen die Stimmen der FPÖ. Und wie notwendig sie war, zeigt der Anstieg in diesem Bereich. Weil jetzt haben Frauen endlich die Möglichkeit, sich auch rechtlich gegen solche Übergriffe zu wehren und ich bin dankbar, dass sie die in Anspruch nehmen.

Auch häusliche Gewalt wird nach wie vor bagatellisiert. Auch von euch, liebe FPÖ, eine Amstettner Stadträtin hat zum Beispiel die Subventionierung für das Frauenhaus attackiert mit der Begründung: Frauenhäuser würden Ehen zerstören. Betrachtet man die Statistiken zu den Opfer-Täter-Beziehungen bei sexueller Gewalt, dann ist die traurige Wahrheit die, dass das größte Risiko im Familien- und Bekanntenkreis liegt. Und jetzt zurück nach Graz. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, Frauen dabei zu unterstützen, sich aus gewalttätigen Beziehungen zu lösen oder sich nicht aus Wohnungsnot in ausbeuterische Verhältnisse zu begeben. Da braucht es Übergangslösungen, einer Nachbetreuung für Frauen, wenn sie aus dem Frauenhaus rauskommen und solche Angebote müssen strukturell verankert und abgesichert werden. Weil, wenn Frauen keine eigene Wohnung finden, dann begeben sie sich häufig zurück...

Ich bin gleich fertig, ich sehe den Blick.

...dann begeben sie sich häufig zurück in die gewalttätige Beziehung. Die von der FPÖ vorangetriebenen neuen Richtlinien für die Vergabe von Gemeindewohnungen die bringen Frauen in genau solche Situationen. Weil, wohnungslose Frauen weisen häufig Meldelücken auf, und damit erfüllen sie die Bedingungen für eine Gemeindewohnung nicht.

Und wenn Frauen keine Wohnung haben, dann schlüpfen sie bei Bekannten oder Verwandten unter und da ist dann nicht selten der Fall, dass sie sich in sexuelle Abhängigkeiten begeben müssen oder dort psychischer oder physischer Gewalt ausgesetzt sind. Darauf weisen das Grazer Frauenwohnheim und andere Einrichtungen hin und hier erwarte ich mir Lösungen von Wohnungsstadtrat Mario Eustacchio, um ganz im Sinne deiner Frage Frauen Sicherheit und Schutz vor Gewalt zu gewähren. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Zusatzfrage?

Gemeinderätin Schönbacher:

Danke für die Beantwortung. Ich habe extra versucht, sachlich zu sein und auch auf das Thema Prävention einzugehen. Weil 94 Übergriffe auf Frauen sind einfach 94 zu viel. Ich hoffe, du nimmst meine Anliegen und auch die der Frauen etwas ernster, weil sehr viele junge Frauen trauen sich nicht mehr in ein Taxi einzusteigen, das von einem ausländischen Fahrer chauffiert wird. Weil 40 % der Täter keinen österreichischen Pass haben. Zum Beispiel: Die Aufklärungsquote der Polizei, ja, das ist gut, aber Prävention ist trotzdem wichtig. Und deshalb hoffe ich, dass du diese Anliegen ernster nimmst, als es in deiner Wortmeldung gegenüber uns jetzt geschehen ist. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Frage war keine mehr.

D.6) Parklets für Graz (GRⁱⁿ Ussner, Grüne an StRⁱⁿ Kahr, KPÖ)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Frau Gemeinderätin Tamara Ussner fragt Frau Stadträtin Elke Kahr die nächste Frage.

Gemeinderätin Ussner:

Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen im Gemeinderat! Liebe Zuschauer und Zuschauerinnen auf der Tribüne! Sehr geehrter Stadtsenat! Sehr geehrte Frau Stadträtin Kahr! Der öffentliche Raum ist ein wichtiges Element jeder Stadt, um ein Zusammenkommen von unterschiedlichsten Menschen und ein authentisches Erleben einer Stadt möglich zu machen. Aber, wie in anderen Städten auch, wird in Graz der öffentliche Raum immer mehr privatisiert, kommerzialisiert, es gibt viel zu wenig konsumfreie Räume und sowieso zu wenig Grünraum. Von sämtlichen öffentlichen Flächen, den ruhenden Verkehr betreffend in Graz, werden 92 % für den KFZ-Verkehr verwendet, 3 % für Fußgänger/Fußgängerinnen, 2 % für Radabstellflächen und 3 % für die ÖV-Haltestellen.

Graz nennt sich immer wieder gerne eine moderne Stadt. In wirklich modernen Städten aber kann man seit Jahren die Umsetzung von innovativen Umgestaltungskonzepten des öffentlichen Raums beobachten. Eines dieser Konzepte sind eben die Parklets: Dabei werden 1-2 Parkplätze an eine Grätzler-Initiative oder Anrainer und Anrainerinnen für ein Jahr zur freien Gestaltung zur Verfügung gestellt. Parklets laden zum Verweilen, Plaudern und Spielen ein. Sind kleine Grünoasen und vor allem konsumfreie Räume für alle. Natürlich gibt es klare Auflagen, beispielsweise darf ein Parklet nicht gewerblich genutzt werden und die Initiativen müssen vorab ein Gestaltungskonzept einreichen. Wien hat das Konzept mit Erfolg umgesetzt, da gibt es bereits 30 dieser Parklets, die eben von den Menschen selbst gestaltet und genutzt werden. Diese Parklets machen die Stadt attraktiver und bieten Menschen die Möglichkeit, den öffentlichen Raum, den sie selber nutzen, wieder auch selbst mitzugestalten.

Die Grazer Grünen haben das am 14. September auch probiert in Graz, am European Parking Day, in der Kleinen Neutorgasse. Und das ist ziemlich gut angenommen worden, eigentlich. Also, deswegen jetzt meine Frage: **Sind Sie bereit zu prüfen, welche Vorarbeiten für eine Umsetzung der Parklets in Graz bis zum Frühjahr 2018 notwendig wären und darüber dem zuständigen Ausschuss für Verkehr bis November 2017 Bericht zu erstatten?** (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Bitte um die Antwort, Frau Stadträtin.

Stadträtin Kahr:

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Tamara! Ich bin froh, dass ich vorher Zeitung gelesen habe und von eurer Aktion da erfahren habe, weil ich hätte vorher nicht gewusst, was man unter Parklet versteht. Es ist interessant, dass ich dann nachgedacht habe, dass wir eigentlich gar nicht nach Wien blicken müssen, sondern dass es eigentlich solche Formen ja durchaus gibt. Zum Beispiel im Stadtteilzentrum Triester hat eine Fläche temporär ja immer genau aus diesen genannten Gründen, die du im Motivenbericht schreibst, vom Straßenamt bewilligt bekommen. Und das schon seit Jahren und das ist auch bei anderen Einrichtungen, weil ich nachgedacht habe, wo passiert eigentlich so was schon. Ich hätte das nur nicht als Parklet bezeichnet. Aber um es einfach abzukürzen: Das ist absolut in Ordnung und sinnvoll. Selbstverständlich werde ich das gerne von meinem Amt her überprüfen lassen, was es da an unbürokratischen Möglichkeiten gibt und die von dir genannten Ämter versuchen miteinzubeziehen. Das wäre das Verkehrsplanungsamt, Abteilung Grünraum und Stadtplanung. Und das kann ich gerne in diesem Jahr noch machen. Ob der Zeitraum, ich glaube du hast da November genannt, ob wir es bis dahin schaffen, das traue ich mich jetzt nicht versprechen. Aber ich gehe das gerne an. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Zusatzfrage? Nicht.

D.7) Bepflanzung Endhaltestelle Mariatrost

(GRⁱⁿ Marak-Fischer, SPÖ an StRⁱⁿ Kahr, KPÖ)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Frau Gemeinderätin Mag.^a Alexandra Marak-Fischer fragt Frau Stadträtin Kahr betreffend Bepflanzung der Endhaltestelle Mariatrost.

Gemeinderätin Mag.^a Marak-Fischer:

Sehr geehrte Frau Stadträtin, liebe Elke! In den letzten Monaten haben wir eine riesige Baustelle im Bereich der Straßenbahnlinie 1 gehabt bzw. soll sie in den nächsten Wochen ja abgeschlossen sein. Unter anderem wird auch die Endhaltestelle neu gemacht und ist weitgehend auch schon fertig. Und hier zeigt sich, dass sich leider eine ziemliche Asphaltwüste im Bereich der Endhaltestelle befindet und wir alle wissen, dass die öffentlichen Verkehrsmittel natürlich auch mehr oder weniger dann angenommen werden, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Unter anderem sind Wartebereiche für Menschen, vor allem auch für ältere Menschen, sehr, sehr wichtig. Gerade im Sommer ist es wichtig, dass die nicht zu heiß werden und Beschattung durch Bäume oder Grünflächen ist hier etwas, was die Attraktivität von Wartehäuschen natürlich gewaltig erhöhen kann oder, umgekehrt, auch senken kann.

Derzeit zeigt sich der Bereich der Endhaltestelle Mariatrost völlig ohne jegliche Bepflanzung, kein Baum, kein Strauch. Die Rasengleise der Linie 1 wurden ja durch Asphalt auch verschlechtert oder verändert und damit ist die fortschreitende Versiegelung auch in diesen Bereichen ein Thema und senkt natürlich auch die Qualität für die Menschen, die dort wohnen. Deswegen haben sich einige beunruhigte Bürger auch an uns gewandt mit der Frage, ob das tatsächlich gedacht ist, dass das so bleibt oder ob hier Maßnahmen geplant sind.

Und namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, liebe Frau Stadträtin, die Frage: **Welche Aktivitäten du als Verkehrsstadträtin zu setzen gedenkst, um die neue Endhaltestelle der Straßenbahnlinie 1 in Mariatrost insofern fahrgastfreundlicher werden zu lassen, als dort zum Beispiel Bäume als natürliche Schattenspender gepflanzt werden, da eine Asphalt-Einöde, in der Fahrgäste in praller Sonne auf die Straßenbahn warten müssen, Menschen sicher nicht dafür begeistern dürfte, auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen?** (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Frau Stadträtin.

Stadträtin Kahr:

Liebe Frau Gemeinderätin, liebe Alexandra! Inhaltlich absolut alles richtig, was du im Motivenbericht gesagt hast und es sind natürlich auch, wie du dir denken kannst, Bewohner und Bewohnerinnen auch an mich herangetreten und die wissen auch schon die Antwort und insofern ist ja die Frage gut, weil falls sozusagen noch nicht alle Bewohner das wissen. Selbstverständlich hat das Verkehrsplanungsamt gemeinsam die Konzeption bezüglich des Mariatroster Tales und der Sanierung mit der Abteilung Grünraum vorgenommen und abgestimmt. Und diese Planungen sehen natürlich auch auf der gesamten Strecke entsprechende Maßnahmen mit Neupflanzungen von Bäumen vor. Ebenso, vor allem auch bei der Endhaltestelle in Mariatrost selbst, wo eine gesamte Baumreihe im südöstlichen Bereich entlang des Wartebereichs der Endhaltestelle und des Geh- und Radweges vorgesehen ist. Nach Abschluss der Bauarbeiten werden diese Baumpflanzungen vorgenommen, die prinzipiell erst in der kühleren Jahreszeit, laut Auskunft Abteilung Grünraum, vorgenommen werden können. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Zusatzfrage?

Gemeinderätin Mag.^a Marak-Fischer:

Nur eine kurze Nachfrage: Derzeit schaut es nämlich sehr durchgehend asphaltiert aus, das heißt, es wird wieder aufgerissen und noch einmal was reingesetzt, oder? Es ist derzeit eine Asphaltfläche.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Frau Stadträtin, bitte.

Stadträtin Kahr:

Ich kenne die konkrete Planung jetzt nicht. Ich habe diese Rückmeldung so bekommen. Im südöstlichen Bereich des Wartebereichs bei der Haltestelle ist es definitiv so, wie das entlang der gesamten Länge erfolgen wird, kann ich dir die Information, wenn du sie brauchst, noch am Montag nachliefern.

D.8) Auswirkungen der Neugestaltung der Verkehrsführung in der Plüddemanngasse (GR Stöckler, ÖVP an StRin Kahr, KPÖ)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Gemeinderat Peter Stöckler fragt Frau Stadträtin Kahr betreffend die Auswirkungen der Neugestaltung der Verkehrsführung in der Plüddemanngasse.

Gemeinderat Stöckler:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Stadträtin Kahr, liebe Elke! Es ist jetzt eineinhalb Jahre her, wir haben es ja auch in der Zwischenzeit schon in einer Frage mit dem Stadtrat Eustacchio thematisiert, die Verkehrsführung in der Plüddemanngasse ist neu geordnet worden.

Ausgangslage war damals, dass es angeblich sehr hohe Zahlen gegeben hat aufgrund des Linksabbiege-Gebotes bzw. der Linksabbiege-Lage in der Plüddemangasse. Die Straßenführung wurde jetzt anders umgesetzt. Geändert und gebessert hat sich eigentlich nichts, muss man sagen. Also ich weiß nicht, Kollege Eustacchio, wie du das siehst, meiner Ansicht nach, und ich verkehre dort jeden Tag, die Leute biegen nach wie vor links ab, sie nehmen Ausweichparkplätze über den Hofer oder über andere Einkaufszentren in Kauf, um dort wieder auf den richtigen Weg zu kommen.

Jetzt würde mich nur interessieren: Es war damals angekündigt, dass es zu einer Evaluierung der Unfallzahlen kommen würde, um dem Projekt, so wie es damals durchgeführt worden wäre, einen Sinn zu geben. Jetzt würde mich konkret interessieren, liebe Elke: Ist es durch das weitgehende Linksabbiege-Verbot in der Plüddemangasse zu einer messbar reduzierten Unfallhäufigkeit gekommen und wie schaut die Erhebung der Unfallzahlen in Personen- und Sachschäden aus, vor und nach dem Umbau der Plüddemangasse?

Ist es durch das weitgehende Linksabbiege-Verbot in der Plüddemangasse zu einer messbar reduzierten Unfallhäufigkeit gekommen bzw. wie schaut die Erhebung der Unfallzahlen gelistet in Personen- und Sachschäden vor und nach dem Umbau konkret aus?

Stadträtin Kahr:

Sehr geehrter Gemeinderat Stöckler! Ich habe hier eine sehr umfassende Beantwortung von meinem Straßenamt bekommen. Ich kürze es aber einfach ab: Die Maßnahmen sind unter meinem Vorgänger, wie du schon gesagt hast, damals getroffen worden. Er hat es aber auch nicht aus der Luft gemacht, sondern es ist ihm sozusagen auf Anraten des Kuratoriums für Verkehrssicherheit und vor allem der Unfallhäufigkeit von FußgängerInnen dringend ersucht worden, solche Schritte zu setzen. Bei den Fußgängern ist es tatsächlich: Da hat es 2016 drei Unfälle gegeben. Das ist derzeit auf Null. Jedoch nicht bei, also ist zu einer ... bei Sachschäden nicht.

Und das betrifft vor allem, wenn ich das jetzt aus dem Gedächtnis richtig sage, zwei Motorradfahrer, die nicht sachgemäß sozusagen, sondern auf der Busspur gefahren sind. Also jetzt kann man natürlich sich das auch noch einmal anschauen. Also das ist durch nicht ordnungsgemäßes Fahren gewesen.

Unverständlicher Zwischenruf

Stadträtin Kahr:

Ja, es macht schon einen Unterschied, wodurch ein Unfall verursacht wird. Aber ungeachtet dessen, das mit der Evaluierung ist korrekt, das Kuratorium für Verkehrssicherheit ist beauftragt worden, schon damals, eine Evaluierung vorzunehmen. Die wird mit 2018 im...

Wart, jetzt muss ich nur schauen. Doch die Unterlage herholen.

Zwischenruf von unbekannt: Im 1. Halbjahr.

Stadträtin Kahr:

Im 1. Halbjahr 2018 ist sie abgeschlossen. Bis dahin will man das noch abwarten und dann wird selbstverständlich der Bezirksrat und auch der Verkehrsausschuss noch einmal konfrontiert. Weil es natürlich sehr viel Unmut gegeben hat durch diese Maßnahme und wenn sich herausstellt, dass das zu keiner wesentlichen Verbesserung vor allem für Fußgänger führt, weil das war der Hauptgrund, dann sehe ich auch keine Veranlassung, diese Vorgehensweise einfach so beizubehalten. Da muss man sich wieder etwas anderes überlegen.

Zwischenruf GR Stöckler: Das kann man eigentlich so zusammenfassen, dass es anscheinend keine Verbesserungen gegeben hat.

Stadträtin Kahr:

Nein, so ist es nicht korrekt. Es hat, ich kann es jetzt dann ablesen, weil es sind unheimlich viele Zahlen und...

Zwischenruf GR Stöckler: Ja, es war aber gegeben, dass es so massive Probleme gegeben hätte. Jetzt haben wir das Thema, wir haben dort einen Schlingel-Schlängel-Verkehr. Das ist eigentlich noch ein größeres Sicherheitsrisiko als vorher und die Leute biegen nach wie vor ab. Ich meine, ich glaube man muss dann ab und zu auch eingestehen und sagen: Ok, das war ein Murks. Schauen wir zurück.

Wir haben nämlich ein Problem und das wäre eine Zusatzfrage jetzt, bitte: Wie ist die Linienführung des Busses dann angedacht. Weil, wenn man sich jetzt anschaut, wenn man stadteinwärts fährt, Richtung Schillerplatz, also auf der Busspur, ist die stadteinwärts getaucht und jetzt im Bereich vom Schillerplatz weg, stadtauswärts sind in Fragmenten angedacht, die Busspuren stadtauswärts zu führen. Also, das wäre ein Schildbürgerstreich. Sind da Änderungen angedacht oder wie schaut das dann in Zukunft aus? Also, fahr ich einmal stadteinwärts, dann stadtauswärts oder wie schaut das dann aus?

Stadträtin Kahr:

Noch einmal. Es ist nicht in meiner Zeit eingeführt worden, erstens. Zweitens: Im 1. Halbjahr 2016, also vor der Umsetzung, hat es drei Unfälle mit FußgängerInnen gegeben. Heuer im 1. Halbjahr bis zum Stichtag 17.09. hingegen keinen einzigen. Also, das ist eindeutig zurückgegangen. Was richtig ist, noch einmal, das sind die Personenschäden bei vor allem zweimotorigen Fahrzeugen und es sind Personen zu Schaden gekommen durch Unfälle mit zweirädrigen Fahrzeugen. Das ist angestiegen und so gesehen hat sich die Unfallhäufigkeit bei diesen sozusagen in etwa gehalten.

Aber eines muss man schon sagen, man hat sich damals geeinigt, dass man diese Evaluierung abwartet. Das muss man sich auch über einen längeren Zeitraum anschauen und wenn sich herausstellt, dass es zu keiner Verbesserung führt, also, dass diese Maßnahme eigentlich nicht den gewünschten Effekt hat, bis auf die FußgängerInnen, dann muss man davon abgehen und sozusagen diese Linksabbiegespur rückgängig machen. Aber noch einmal: Das ist in einer Zeit eingefallen, das habe nicht ich so angewiesen.

Unverständliche Zwischenrufe

Bürgermeister Mag. Nagl:

So, bevor es jetzt zum Privatissimum wird, darf ich...

Stadträtin Kahr:

Naja, es geht nicht um eine Schuld, aber diese Linksabbiegespur in Zusammenhang auch mit der Sperre, um das auch weiter zu sagen, in der Hans-Brandstetter-Gasse, ist eigentlich ein Unsinn gewesen. Vor allem auch, das muss man jetzt auch dazusagen, weil man nur einen Teil der Bewohnerschaft auch befragt hat. Also, das ist eine ganz lange Kette. Aber für eines bin ich auch keine Befürworterin: Dass man auf der einen Seite etwas implementiert und dann ein paar Monate später wieder rücknimmt, sondern man muss es sich wirklich über einen längeren Zeitraum anschauen.

(Applaus)

Unverständliche Zwischenrufe

D.9) Wohnungslosigkeit in Graz (GR Alic, KPÖ an StR Hohensinner, ÖVP)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Gemeinderat Horst Alic fragt Herrn Stadtrat Kurt Hohensinner betreffend Wohnungslosigkeit in Graz.

Gemeinderat Alic:

Danke. Ja, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Herr Vizebürgermeister! Geschätzter Stadtsenat! Liebe Kolleginnen und Kollegen vom Gemeinderat! Liebe Gäste! Herr Stadtrat, ich werde das gleich vom Blatt lesen. Ich bin nicht der große Redner.

Sehr geehrter Herr Stadtrat, im vergangenen Jahr wurde im Auftrag von Dr.ⁱⁿ Martina Schröck als zuständige Sozialstadträtin die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe damit betraut, umfangreiche Erhebungen zur Wohnungslosigkeit durchzuführen mit dem Ziel, die Wohnungslosigkeit in Graz zu bekämpfen. Dabei wurde ein Arbeitskreis unter Beteiligung verschiedener Wohnungsloseneinrichtungen, des Sozialamtes, des Wohnungsamtes und anderer Stellen eingerichtet, um die entsprechenden Daten zu erheben.

Bis heute wurden die Ergebnisse dieser Erhebungen weder veröffentlicht noch dem Sozialausschuss zur Diskussion vorgelegt. Die Ergebnisse müssten allerdings längst vorliegen. Obwohl allgemein bekannt ist, dass es in Graz zu wenige niederschwellige Notunterkünfte gibt, wäre zuverlässiges Datenmaterial eine Voraussetzung, um treffsichere Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungslosigkeit ergreifen zu können.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die Frage: **Wann werden die erhobenen Daten der Wohnungslosenstudie veröffentlicht bzw. dem Sozialausschuss zur Verfügung gestellt?** (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Herr Stadtrat Hohensinner bitte.

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Ich freue mich, den Termin hier und jetzt bekanntgeben zu können. Die Studie wird am 18.12. in den Räumlichkeiten der FH Joanneum präsentiert und Sie sind herzlich eingeladen. (*Applaus*).

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke. Zusatzfrage?

Gemeinderat Alic:

Danke, für die sehr konkrete Antwort. So sparen wir Zeit und Zusatzfragen. Danke-sehr. (*Applaus*)

D.10) Bauarbeiten in der St.-Peter-Hauptstraße (GR Hötzl, FPÖ an StRⁱⁿ Kahr, KPÖ)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Gemeinderat Christoph Hötzl hat eine Frage betreffend die Bauarbeiten St.-Peter-Hauptstraße an Frau Stadträtin Kahr.

Gemeinderat Hötzl:

Sehr geehrte Damen und Herren! In meiner Frage geht es um den Baufortschritt oder um die Geschwindigkeit der Bauarbeiten in der St.-Peter-Hauptstraße.

Auf der Großbaustelle St.-Peter-Hauptstraße und auf Höhe Radsport Kotnik bis darüber hinaus zur Kreuzung St.-Peter-Gürtel/Köglerweg sind lange Wartezeiten und Staus seit Ende Juli an der Tagesordnung. Was aber zahlreichen Anrainern und ebenso Verkehrsteilnehmern im sprichwörtlichen Sinne sauer aufstößt, ist der schleppende Baufortschritt im zuvor bezeichneten Bauabschnitt. Anrainer und auch Unternehmer wissen zu berichten, dass über den gesamten Abschnitt an manchen Tagen gerade einmal zwei Bauarbeiter arbeiten. Ohne die Fähigkeiten dieser Herren hier infrage stellen zu wollen, erachte auch ich diese Anzahl an Arbeitern angesichts des ambitionierten Bauvorhabens als deutlich unterdimensioniert. Ich erinnere an den 1. Bauabschnitt dieses Bauvorhabens vor einigen Jahren, wo sich der damals zuständige Verkehrs-Landesrat Dr. Gerhard Kurzman sehr erfolgreich in ähnlicher Sache eingesetzt hat und auch erreicht hat, dass die Bauarbeiten erheblich beschleunigt wurden und im Endeffekt die gesamte Bauzeit sogar verkürzt worden ist, obwohl es quasi langsam angefangen hat. Aus diesem Grund richte ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgende Anfrage: **Wollen Sie im Rahmen Ihrer Zuständigkeit den Versuch unternehmen, mit den geeigneten Stellen Kontakt aufzunehmen, um in der gebotenen Höflichkeit auf den oben bezeichneten Missstand hinzuweisen?** (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Bitte um die Antwort.

Stadträtin Kahr:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Sehr gerne kann ich auch mit dem zuständigen Landesrat noch einmal reden, weil mit den betreffenden Firmen bin ich sogar persönlich in Kontakt, weil ich vor wenigen Tagen selber mit der Frau Kotnik, die ich sehr gut kenne, ein tolles Familienunternehmen, und die sich natürlich auch zu Recht Sorgen machen. Sie war auch sehr froh, dass wir hier nicht nur für sie, sondern auch für andere betroffene Firmen dort ein Umleitungsschild, das übernehmen wir, damit sozusagen eine bessere Kennzeichnung da ist, für Kunden und Kundinnen, die vor allem von auswärts kommen, weil das ist auch ein Problem gewesen von ihr. Und das übernehmen wir, obwohl es sozusagen eigentlich Angelegenheit auch der Firmen sein könnte, von den Kosten her.

Und wir haben auch mit dem Straßenamt schon gesprochen, mit einem Herrn Spanner, welcher sozusagen, auch von Amtsseite sozusagen, hier mit den Landesbediensteten Kontakt aufnehmen wird. Aber ich kann gerne persönlich mit dem Landesrat Lang noch sprechen. Ansonsten sozusagen gibt es klare Bauzeiten, die ja festgelegt sind und auch finalisiert werden. Das heißt, wenn die Bauzeiten nicht eingehalten werden, gibt es ja auch, wie Sie wissen, Konsequenzen. Aber dass man schaut, dass sowohl für die AnrainerInnen als auch die dortigen Firmen so gut wie möglich die Belastung hintangehalten wird und auch natürlich die Bauzeiten eingehalten werden, ist natürlich klar. Und da sind wir aber auch regelmäßig in Kontakt, und ich auch persönlich mit den Firmen. *(Applaus)*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Zusatzfrage, Herr Gemeinderat?

Gemeinderat Hötzl:

Bitte. Wie gesagt, damals ist, nur als Anregung für Sie, der Herr Verkehrslandesrat Kurzmann direkt auf die Baustelle gekommen und hat sich mit den betroffenen Unternehmen wirklich getroffen, hat sich die Probleme angehört, aber da sind Sie offenbar eh schon in Kontakt. Die Fa. Kotnik ist auch die, die am meisten Druck macht momentan hier. Verständlicherweise. Und ich möchte nur wirklich sagen: Es hat beim 1. Bauabschnitt gleich begonnen. Also wirklich sehr, sehr langsam. Da sind wir hinten in der Zeit gewesen. Nachdem damals der Herr Dr. Kurzmann sich da wirklich eingesetzt hat, ist die Gesamtbauzeit wirklich deutlich verkürzt worden sogar, da geht es für die Anrainer, für Gewerbetreibende, aber auch Feinstaub usw.

Meine Zusatzfrage ist: Sind Sie bereit, sich auf die Baustelle wirklich den Verkehrslandesrat zu holen? Dass Sie dabei sind, so wie wir es damals auch gemacht haben und auch vor Ort mit den betroffenen Personen sozusagen ein Treffen, einen Gipfel zu machen, dass die auch das Gefühl haben, gut betreut zu sein und sich dafür wirklich einzusetzen? Weil es ist, inwieweit es da Pönalen gibt oder inwieweit das kürzer jetzt angesetzt worden ist, kann ich nicht sagen. Aber es ist zumindest damals möglich gewesen, das deutlich zu reduzieren, dezent.

Stadträtin Kahr:

Wie gesagt, ich bin persönlich schon öfters dort gewesen. Halte auch Kontakt selbst und ich kann den Landesrat nicht zwingen, aber ich werde selbstverständlich gerne mit ihm Kontakt aufnehmen, dass er mit mir gemeinsam dort hingehet. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Gut. Damit haben wir unsere Fragestunde für heute auch erledigt.